

Datentransfer-Deal perfekt

Europäische Flugunternehmen werden in Zukunft gezwungen, im Vorfeld die Daten ihrer Passagiere an Grenzbehörden weiterzuleiten. Diese Richtlinie kommt nun nicht mehr nur aus den USA, die entsprechende Maßnahmen nach den Attentaten am 11. September gefordert hatten. Am Dienstag machten die EU-Justiz und -Innenminister eine Kehrtwende und einigten sich auf eine entsprechende europäische Gesetzesgrundlage. Denen, die nicht parieren wollen, drohen Geldstrafen, übermittelt werden sollen neben herkömmlichen Personenauch biometrische Daten wie Fingerabdrücke und Iris-Scans.

"Nach Madrid sollte das Europäische Parlament überdenken, ob die Privatsphäre ein solch absolutes Recht ist", gab der irische Justizminister Michael McDowell den Europa-Abgeordneten mit auf den Weg, als diese am Mittwoch über eine Resolution abstimmten. Das Parlament entschied dennoch mehrheitlich (229 zu 202 Stimmen), dass die Richtlinie zurückgezogen werden muss. Die Resolution ist allerdings nicht bindend. Die Abgeordneten drohen damit, den Fall wegen Verstoßes gegen den Datenschutz vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen.

Noch mehr Turbulenzen bei der Luxair

Harte Zeiten für die Luxair. Nachdem Luxair-Chef Christian Heizmann noch vor kurzem jede Rückkehr seines fristlos gefeuerten "Flight safety officer" ausgeschlossen hat, hilft nun das Arbeitsgericht nach: Es annullierte in seinem Urteil die Entlassung des für die Flugsicherheit zuständigen Piloten Jean-Paul Weitz und verdonnerte darüber hinaus das Flugunternehmen zu einem Schadensersatz von 100.000 Euro sowie zur Übernahme der Anwaltskosten. Das dürfte die Gewerkschaften freuen. Die hatten Anfang letzter Woche die fristlosen Kündigungen von sechs Piloten, von denen diese erst über die Presse erfuhren und deren Gründe weiterhin unklar sind, durch die Unternehmensleitung scharf kritisiert. Eine der gewerkschaftlichen Forderungen im Arbeitskampf lautet denn auch, die Kündigung aller nach dem Flugzeugunglück gekündigten Piloten rückgängig zu machen. Mit einem Warnstreik am heutigen Freitag wollen die Gewerkschaften und die Piloten ihrer Argumentation Nachdruck verleihen.

Metaller sehen Sozialdialog in Gefahr

Bei den Gewerkschaften läuten die Alarmglocken: Nachdem bekannt geworden war, dass Arcelor massiv Arbeitsplätze abbauen will, ärgerten sich OGBL und LCGB vor allem über die Informationspolitik des Stahlriesen. Mittlerweile sehen sie sogar das Luxemburger Modell des Sozialdialogs in Gefahr. Ihre Kritik richtet sich vornehmlich gegen die Vorgehensweise der Konzernführung bei der Erstellung einer Vergleichsstudie über die verschiedenen Standorte der so genannten Langstahl-Produktion. Zwar seien die Gewerkschaften über die Studie im Vorfeld informiert worden, nicht aber über deren Resultate, erklärte Alain Kinn vom OGBL am vergangenen Dienstag bei einer Pressekonferenz. Geheimniskrämerei, meinen die Arbeitnehmervertreter. Dabei ist doch OGBL-Chef John Castegnaro Mitglied im Arcelor-Verwaltungsrat.

OGBL und LCGB bereiten sich derweil auf den Konflikt vor: Für den 27. April ist ein Warnstreik geplant. Kommende Woche steht die Stahl-Tripartite auf dem Programm. Dafür haben die Gewerkschaften einen Forderungskatalog erstellt, der unter anderem "null Entlassungen" sowie den Erhalt der Arcelor-Standorte in Luxemburg vorsieht.



Vor einem Jahr tobte im Irak der Bombenkrieg. Internationale Hilfsorganisationen bereiteten sich an den Grenzen Kuwaits und Jordaniens bereits auf ihren Nachkriegseinsatz vor. Thomas Seibert, von "medico international", betrachtet das NGO-Engagement in Krisenregionen aber mit Skepsis.

(Foto: privat)

HILFSORGANISATIONEN

Nicht nur Nutznießer sondern auch Protagonisten

worxx: *Herr Seibert, sind Hilfsorganisationen, die nach einer Invasion mit den Militärmächten in ein Land ziehen, Handlanger der Kriegsmaschinerie?*

Thomas Seibert: Zumindest sollen sie es werden. Seit dem zweiten Golfkrieg 1992 beziehen die Militärmächte des Nordens NGOs systematisch in ihre Herrschaftsstrategie ein.

Und wie war es beim Irak-Krieg vor einem Jahr?

Das US-Militär hat massiv versucht, die NGOs zu kontrollieren und zu instrumentalisieren. Wer neu im Irak arbeiten wollte, musste sich bei der Besatzungsmacht registrieren lassen. Viele Organisationen weigerten sich und sind deshalb noch heute nicht vor Ort. Allerdings ist es auch nicht zu den erwarteten Flüchtlingsbewegungen gekommen. Darüber hinaus blieben die Spenden aus: die Leute haben zu Recht nicht eingesehen, warum sie spenden sollen für ein Land, das die Amerikaner gerade erst kaputt gebombt hatten.

Wer von den Hilfsorganisationen war im Irak als die ersten Bomben auf Bagdad fielen?

So wie es "embedded" Journalisten gibt, gibt es auch "embedded" NGOs: Hilfsorganisationen vor allem amerikanischer Herkunft, die ganz bewusst Teil des "gerechten Krieges" ihrer Regierung sein wollen. Das gab es schon während der 80er Jahre in Lateinamerika, damals im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen. Neu ist das Ausmaß, in dem militärische und humanitäre Operationen von Anfang an koordiniert werden: "Civil-Military Cooperation" nennt sich das. Natürlich war und ist auch das Rote Kreuz vor Ort, das ist nun einmal das Mandat der Organisation selbst. Problematisch daran ist, dass sich das Rote Kreuz ausdrücklich politischer Stellungnahme enthalten muss, um Zugang zu den Opfern zu erhalten. Das Rote Kreuz war genauestens über die Judenvernichtung in deutschen Lagern

unterrichtet, ist damit aber nicht an die Weltöffentlichkeit gegangen. Das würden sie heute nicht mehr tun, und trotzdem können sie gerade wegen ihrer Selbstverpflichtung zur "Neutralität" Teil militärischer Strategien werden.

Aber wenn sich NGOs politisch zu sehr hinauslehnen, führt das nicht eben zu Anschlägen, wie etwa im Irak geschehen?

Die meisten NGOs glauben, eine rein humanitäre und deshalb politisch "neutrale" Arbeit zu verrichten. Das ist natürlich Fiktion, denn man ergreift so oder so Partei, schon mit dem Verteilen von Lebensmitteln. Das kann - wie im Fall des Irak - dazu führen, dass man als Teil einer Besatzungsmacht wahrgenommen wird und faktisch auch so handelt, vielleicht gegen die eigene Absicht. Damit rechtfertige ich natürlich solche Anschläge nicht. Wir aber verstehen unsere Hilfe als politisches Handeln, wir ergreifen Partei. Deshalb haben wir von Anfang an erklärt, dass wir diesen Krieg ablehnen.

Wie sieht es mit Medico International im Irak aus?

Wir entsenden kein eigenes Personal, sondern unterstützen jeweils vor Ort Partnerorganisationen, finanziell und materiell, in organisatorischer und politischer Kooperation. Deshalb reisen wir auch nicht einfach überall hin, wo es Kriege oder andere Katastrophen gibt, sondern arbeiten nur da, wo wir Partner haben, die wir aufgrund ihrer Arbeit und ihrer Politik für unterstützenswert halten. Im Irak unterstützen wir eine sozialmedizinische Organisation der kurdischen Befreiungsbewegung.

Zur Person:

Thomas Seibert arbeitet bei der linken medizinischen Hilfsorganisation "medico international" mit. Der 47-Jährige aus Frankfurt am Main ist außerdem Mitglied bei Attac und schreibt für verschiedene Zeitschriften, so zum Beispiel Jungle World, analyse & kritik sowie Die Beute. Der Philosoph gilt darüber hinaus als Spezialist für Existenzphilosophie.

binden, indem sie die Leute im Kriegsgebiet festhalten. Zur Einrichtung solcher Protektorate werden NGOs gebraucht. Dem muss man sich politisch verweigern.

Bleibt es aber nicht ein Dilemma für eine Organisation wie Medico, sich bewusst aus einer Kriegsregion herauszuhalten, obwohl die Menschen dort dringend Hilfe benötigen?

In Situationen, wo akutes Massensterben zu erwarten ist, werde ich mich garantiert nicht hinstellen und sagen: Da sollt ihr als Hilfsorganisation prinzipiell nicht hingehen, um nicht funktionalisiert zu werden. Doch spätestens, wenn diese Phase vorüber ist, stellt sich die Frage, ob man Handlanger von Protektorats-Regimen werden muss oder will. Solche Protektorate funktionieren ja nur, weil NGOs die gesamte Sozialstaatlichkeit übernehmen. Da widersetzt man sich politisch oder man spielt mit.

Zum Beispiel?

Im Kosovo, wo die Protektoratsstrategie erstmals systematisch eingesetzt wurde, haben NGOs flächendeckend die Verwaltungen übernommen. Damit haben sie die albanische "Parallelgesellschaft" aufgelöst, die es die ganze Zeit unter der serbischen Herrschaft gegeben hatte. Da war zum Beispiel eine Frau, die über Jahre hinweg die Leiterin einer autonomen albanischen Schule war. Nach der Militär-Invasion und dem anschließenden Einfall von NGOs wurde sie als Übersetzerin und Fahrerin eingesetzt. So etwas gibt es immer öfter, mit fatalen Folgen. Den Leuten wird jede Form der autonomen Selbstorganisation genommen, wenn NGO-Kader aus dem Ausland fachkundige Menschen von vor Ort als billiges Personal einstellen.

Ist es aber für die Menschen nicht immer noch besser, wenn Hilfsorganisationen diese Aufgaben übernehmen als wenn es das Militär selbst tut?

Es gibt da keine klare Trennlinie. Viele NGOs haben keine Probleme, für das Militär zu arbeiten. Im Grunde sind sie Unternehmen eines boomenden Wirtschaftszweigs, an dem Tausende von Arbeitsplätzen hängen. Zudem finden sich auch immer wieder NGOs, die militärische Interventionen ausdrücklich fordern. Sie sind manchmal nicht nur Nutznießer von Kriegen, sondern auch aktive Protagonisten.

Gibt es denn Möglichkeiten für Hilfsorganisationen ihre Arbeit zu machen, ohne sich von den Militärmächten vereinnahmen zu lassen?

NGOs entgehen ihrer Funktionalisierung nur, wenn sie sich politisieren, wenn sie die Fiktion "humanitärer Neutralität" aufgeben. Dieser Prozess hat schon eine Reihe von Organisationen erfasst. Wir sind nicht prinzipiell gegen die Entsendung weißer HelferInnen, aber Selbsttätigkeit und Selbstorganisation müssen absoluten Vorrang haben, und das ist auch in kriegszerrütteten Gesellschaften möglich. Daran hängt alles. Wer hier nicht sensibel ist, wird Teil von globalen Herrschaftsstrategien. Für uns fängt Politik in der Auseinandersetzung mit anderen NGOs an.

Interview: Felix Lee